

Antrag 104/I/2022**AG Migration und Vielfalt LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Unzumutbare Hürden für die Einbürgerung abschaffen**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats und des Abgeordnetenhauses von Berlin, die Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestage auf, sich dafür einzusetzen, dass für den Antrag auf Einbürgerung, für Menschen mit anerkannten Asylstatus oder subsidiärem Schutzstatus oder ähnlichen Aufenthaltstiteln, auf eine Passbeantragung an der Botschaft des Herkunftslandes aus Gründen der subjektiven Zumutbarkeit verzichtet wird und gemäß dem Urteil vom 23.09.2020 - BVerwG 1 C 36.19 andere geeignete amtliche Urkunden, bei deren Ausstellung Gegenstand der Überprüfung auch die Richtigkeit der Verbindung von Person und Name ist, für den Antrag zur Einbürgerung anerkannt werden.

14 Die zuständigen Stellen für die Einbürgerung sollen dementsprechend angewiesen werden, um ein einheitliches Vorgehen zu gewährleisten.

18 **Begründung**

19 Menschen mit Asylstatus oder subsidiärem Schutzstatus droht im Herkunftsland ein ernsthafter Schaden. Sie können oder wollen daher den Schutz des Herkunftslandes nicht in Anspruch nehmen.

24 Demnach hält §72 AsylG auch fest, dass der Anspruch auf Asyl erlischt, wenn sich Personen freiwillig durch Annahme oder Erneuerung eines Nationalpasses oder durch sonstige Handlungen erneut dem Schutz des Staates, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, unterstellen. Es ist daher abwegig, dass nun genau dies für die Beantragung der Einbürgerung gefordert wird.

31 Das Bundesverwaltungsgericht stellt klar, dass eine auch nur technische Kontaktaufnahme durch schutzberechtigte Flüchtlinge mit Behörden des Herkunftslandes (vgl. BVerwG, Urteil vom 2. Dezember 1991 - 9 C 126.90 - BVerwGE 89, 231 <237, 239>) Repressalien für Dritte zur Folge haben kann.

37 Darüber hinaus ist auch die persönliche subjektive Zumutbarkeit weit überschritten, wenn die Verwaltungen von Regimen, die sich Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben und Auslöser für unzählige Traumata sind, für amtliche Vorgänge beauftragt und bezahlt werden sollen.